

Taiwan sollte in seinem gegenwärtigen Status verbleiben und sich eines ausgedehnten Handels und einer stetigen Entwicklung erfreuen und gleichzeitig gemeinsamen Wohlstand mit dem Neuen Bundesstaat Chinas und anderen Regionen erreichen.

Beschlagnahme und Einziehung aller Vermögenswerte, die durch Kleptokraten innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas geplündert wurden und die Rückgabe des Reichtums an das chinesische Volk.

Gewährung einer Amnestie für alle Gefangenen nach der Einrichtung des neuen Bundesstaates Chinas, mit Ausnahme von Kriminellen, die Kapitalmorde oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben.

Mission

Die Mission der Himalaya-Überwachungsorganisation

Die Himalaya-Überwachungsorganisation wird mit internationalen Überwachungsorganisationen zusammenarbeiten, um die Operationen des Neuen Bundesstaates Chinas gesetzeskonform zu überwachen.

Die Himalaya-Überwachungsorganisation hält sich sowohl an das Völkerrecht als auch an die vom neuen Bundesstaat Chinas erlassenen Gesetze und akzeptiert eine strenge Überwachung durch die einschlägigen internationalen Rechtsinstitutionen.

Angesichts der Tatsache, dass die KPCh immer noch die staatliche Macht besitzt, verschiedene extreme Kontrollen über das Volk ausübt, wird die Himalaya-Überwachungsorganisation alle Vorbereitungen für die Bildung des neuen Bundesstaates Chinas mit aufsuchenden Bemühungen treffen.

Sie wird aktiv mit verschiedenen Ländern, politischen Parteien, Verbänden und internationalen Freunden, die die Gründung des neuen Bundesstaates Chinas unterstützen, in Verbindung stehen und die Beziehungen zwischen der Übergangsregierung koordinieren.

Sie wird die Vorbereitungen der neuen Regierung anleiten, unterstützen und den reibungslosen, wirksamen und stetigen Fortschritt bei der Vorbereitung des neuen Bundesstaates Chinas gewährleisten.

*** Förderer und Formulierer der Erklärung:**

Globale Mitunterstützer der Whistleblower-Bewegung:

Himalaya-Überwachungsorganisation

Vorsitzender der Stiftung für Rechtsstaatlichkeit:

Herr Kyle Bass

Vorsitzender der Gesellschaft für Rechtsstaatlichkeit:

Herr Stephen K. Bannon

Leiter der Whistleblower-Bewegung/ Gründer der Stiftung für Rechtsstaatlichkeit/ Gründer der Gesellschaft für Rechtsstaatlichkeit:

Herr Miles Kwok (Guo, Wengui)

Vorleser auf Chinesisch:

Herr Hao Haidong

Vorleser auf Englisch:

Herr Stephen K. Bannon

04.06.2020

Der neue Bundesstaat Chinas

Die Erklärung





Der neue Bundesstaat Chinas unsere Zukunft!

Vorwort

Es ist die Whistleblower-Bewegung, die uns zusammengebracht hat! Um Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Freiheit im neuen Bundesstaat Chinas zu verwirklichen, haben wir die Himalaya-Überwachungsorganisation gegründet.

In den letzten drei Jahren hat die Whistleblower-Bewegung unter der Führung von Herrn Miles Kwok (Guo Wengui) und Herrn Stephen K. Bannon die Illegitimität und die wahrhaft teuflische Beschaffenheit bzw. das betrügerische Verhalten der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und ihre Täuschungen aufgedeckt.

Die Himalaya-Überwachungsorganisation ist eine freiwillige Nichtregierungsorganisation ohne jegliche politische Zugehörigkeit.

Sie wird von der internationalen Gemeinschaft anerkannt und zusammen mit der Stiftung für Rechtsstaatlichkeit und der Gesellschaft für Rechtsstaatlichkeit durch das Völkerrecht geschützt.

Sie wird als Kommunikationsbrücke zwischen dem neuen Bundesstaat Chinas und den internationalen Gemeinschaften in den Bereichen Zusammenarbeit, Verteidigung der Freiheit und den Schutz der Sicherheit von Vermögenswerten auf der Grundlage gemeinsamer Entwicklung und gegenseitigen Respekt der Menschen in der ganzen Welt.

Für weitere Informationen suchen Sie bitte:

<https://www.youtube.com>

<https://gtv.org/mobile/>

<https://gnews.org/>



Visionen

- Verfassung
- Konstitutionalismus
- Gewaltenteilung
- Wahlgleichheit
- Amtsenthebungsverfahren

Es wird vorgeschlagen, dass sich der neue Bundesstaat Chinas auf das westliche System demokratischer Rechtsstaatlichkeit und das entsprechende Völkerrecht bezieht und unter der gemeinsamen Aufsicht internationaler Institutionen und der Himalaya-Überwachungsorganisation eine Verfassung formuliert und ein System nach der Trennung von Exekutive, Legislative und Justizsysteme einrichtet. Die neue Regierung wird durch „eine Person, eine Stimme“ gewählt.

Ein Wahl- und Amtsenthebungssystem sollte in Koexistenz eingerichtet werden, um die Effizienz der Operationen zu gewährleisten und so ein erhebliches soziales Chaos und Katastrophen zu vermeiden, die durch die Herrschaft des Menschen verursacht werden.

Die neue Verfassung wird die folgenden Schutzbestimmungen enthalten:

Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Religionsfreiheit, Redefreiheit und Rechte vom Privateigentum, die heilig und unantastbar sind.

Der neue Bundesstaat Chinas wird sich bemühen, dauerhafte friedliche Beziehungen zu fördern und eine gemeinsame Entwicklung mit Menschen in aller Welt anzustreben.

Es muss eine Gesetzgebung erlassen werden, die Bildungschancen, Altersrenten und Gesundheitsfürsorge die Grundbedürfnisse für das Wohlergehen der Menschen garantiert.

Die Natur und die Tierökologie werden geschützt und alles wird in Harmonie leben.

Was die Beziehungen zu Hongkong, Macao, Tibet und anderen Regionen betrifft - der neue Bundesstaat Chinas sollte so bald wie möglich eine besondere Autonomievorschrift erlassen und die Regeln strikt durchsetzen.